

N I E D E R S C H R I F T

über die 17. Sitzung des Bezirksausschusses IV - Siegen-Mitte -

vom:	15.01.2003
von:	16:00 Uhr
bis:	18:20 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Bezirksausschuss IV - Mitte:

Stv Gierlich, Michael - als Vorsitzender
AM Averages, Helmut
AM Denkert, Marianne
AM Eberlein, Birgit
AM Eggers, Walter
AM Frank, Thorsten
AM Hamich, Günther
AM Heide, Edwin
AM Hellwig, Veronika
AM Kesting, Stefan
Stv Lauble, Wilhelm
AM Müller, Marianne - für AM Weis, Thomas
AM Schuß, Burckhard
AM Schuß, Lothar

II. Beratende Mitglieder:

Stv Morgenschweis, Thomas
AM Neumann, Hildegard
Stv Siebel, Helmut
AM Stöcker, Friedrich Wilhelm
Stv Zips, Joachim

III. Als Zuhörer:

AM Becker, Lothar
AM Gertler, Andreas
AM Könsgen, Karl-Heinz
AM Schneider, Werner Maria

IV. Von der Verwaltung:

Dipl.-Ing. Krieger
Städt. OVR Düber
VA Röcher
Dipl.-Ing. Heide
Dipl.-Ing. Koch
StAR Erner
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Gelling, Bärbel
AM Weis, Thomas

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Die Tagesordnung wird einvernehmlich im öffentlichen Teil um Punkt 4.1 erweitert.

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Eberlein bestimmt.

2. Genehmigung letzten Niederschrift

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1. Winterdienst auf Verbindungswegen

Antrag der SPD-Fraktion

Herr L. Schuß führt aus, dass sich der Antrag primär auf Schulwege bezieht. Es kann nicht sein, dass einerseits umfangreiche und aufwändige Maßnahmen zur Schulwegsicherung ergriffen werden und andererseits die Wege teilweise in den Wintermonaten nicht genutzt werden können. Darüber hinaus dienen nur wenige Verbindungswege tatsächlich der Erschließung der angrenzenden Grundstücke.

Die nunmehr praktizierte Regelung, dass die Anlieger für den Winterdienst auf diesen Wegen zuständig sind, ist nicht akzeptabel. Der Antrag soll daher an den Schulausschuss und den Verkehrsausschuss überwiesen werden. Es wird erwartet, dass die Schulwegpläne neu aufgelegt und bis Mitte des Jahres Aussagen hinsichtlich des Räumdienstes auf den genannten Verbindungswegen gemacht werden.

Herr Gierlich ist der Meinung, dass für eine Änderung im Sinne des Antrages eine Satzungsänderung erforderlich wäre. Die Problematik bedarf daher einer gründlichen Aufarbeitung.

Herr Röcher erläutert, dass die Satzung hinsichtlich des Winterdienstes auf Verbindungswegen nicht geändert wurde. Wenn dem Antrag stattgegeben werden sollte, müsste die Regelung für das gesamte Stadtgebiet gelten. Das Argument der Schulwegsicherung kann in diesem Fall nicht angeführt werden, da diese nicht nur über die genannten Verbindungswege führen und zudem nicht fest definiert sind. Darüber hinaus wäre eine Ungleichbehandlung mit anderen Straßen gegeben. Es besteht aus Sicht der Verwaltung auch keine Veranlassung, die Anlieger von der Verkehrssicherungspflicht zu entbinden.

Verwaltungsseitig wurde im November 2002 über die Medien informiert, dass die Verbindungswege satzungsgemäß durch die Anlieger zu räumen sind. Die Arbeiten wurden in der Vergangenheit zwar - ohne rechtliche Verpflichtung - von der Verwaltung vorgenommen, angesichts des Kostendrucks und der Notwendigkeit von Einsparungen ist dies künftig nicht mehr möglich.

Festzuhalten ist auch, dass die angeführte Hinweisbeschilderung keine rechtliche Wirkung hinsichtlich der Verkehrssicherungspflicht hat.

Herr Gierlich merkt an, dass die Stadt seit vielen Jahren den Winterdienst durchgeführt hat. Für ihn stellt sich daher die Frage, ob die Satzung ordnungsgemäß umgesetzt wurde und die Anlieger sich ihrer Verpflichtung bewusst waren. Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass auch die Stadt Siegen ihren Pflichten nachkommt.

Herr Lauble zu bedenken, dass für eine Sachentscheidung zur Zeit keine hinreichenden Fakten vorliegen. Der Antrag sollte daher an die Fachausschüsse überwiesen werden.

Die CDU-Fraktion schließt sich inhaltlich dem Anliegen an, so Herr Könsgen und sieht auch die besonderen Probleme bei den Schulwegen. Die Verwaltung sollte zunächst die korrekte Umsetzung der in der Satzung getroffenen Regelungen überprüfen und die betroffenen Anlieger besonders auf die Verkehrssicherungspflicht hinweisen.

Herr Morgenschweis befürwortet den Antrag und merkt an, dass mögliche Fehler auch korrigiert werden können.

Herr Gierlich wirbt dafür, das Prüfungsergebnis abzuwarten und dann einen konkreten Antrag zu formulieren.

Herr L. Schuß stimmt dem Vorschlag zu, jedoch sollte die Thematik schnellstmöglich wieder behandelt werden.

- ◆ Der Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte - spricht sich einstimmig dafür aus, dass die Umsetzung der Straßenreinigungssatzung im Hinblick auf die Durchführung des Winterdienstes auf Verbindungswegen durch die Verwaltung überprüft und der Ausschuss über das Ergebnis informiert werden soll.

5. Haltestellenprogramm

Vorlagenr. 2250/2002 - Vorlage vom 14.10.2002

Herr Heide stellt anhand von Schaubildern die künftigen Haltestellenkennzeichen und sowie die Modernisierung durch bauliche Umgestaltung und neue Wartehallen vor. Zur Historie zeigt er auf, dass die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein aufgrund des vom Landtag beschlossenen Regionalisierungsgesetzes dem sog. Kooperationsraum 8 zugeordnet sind, in dem sich rd. 2700 Bushaltestellen befinden.

Im Siegener Stadtgebiet sind ca. 700 ÖPNV-Haltestellen vorhanden, die nach dem Grundsatzbeschluss des Rates zunächst mit einer neuen Haltestellenkennzeichnung versehen und anschließend entsprechend einer Prioritätenliste modernisiert werden sollen. Für die Maßnahmen ist in Form eines Rahmenantrages ein Zuschussantrag gestellt worden.

Die Kosten für die neue Haltestellenkennzeichnung werden zu 90 % vom Land NW und zu den restlichen 10 % vom Kreis Siegen-Wittgenstein als Aufgabenträger übernommen.

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Linienbusmodelle ist eine enge Abstimmung mit den VWS erfolgt und eine behindertengerechte Ausgestaltung, insbesondere für blinde Mitmenschen, berücksichtigt worden.

Zum weiteren Verfahren merkt er an, dass die Vorschläge aus den Beratungen des Haltestellenprogramms in den verschiedenen Ausschüssen in ein Jahresarbeitsprogramm einfließen und letztlich dann nochmals den zuständigen Gremien zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden.

Auf die Frage von Herrn Gierlich erklärt Herr Heide, dass die Umgestaltung von Haltestellen im Rahmen laufender Baumaßnahmen über die Projektmittel finanziert wird. Die Haltestelle am Rathaus Siegen ist seines Wissens in der Maßnahme "Umgestaltung Markt/Kornmarkt" enthalten. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, müsste die Errichtung einer Fahrgastwartehalle in das Programm aufgenommen werden.

Frau Müller macht in diesem Zusammenhang auf den Wunsch der Anlieger aufmerksam, dass an der Haltestelle Rathaus der Blick auf die Fissmer-Anlage und die Nikolaikirche nicht durch eine Wartehalle beeinträchtigt werden sollte.

Der Verwaltungsvorschlag zur Umbenennung der Haltestelle "Schallex" wird in der anschließenden Diskussion abgelehnt und verschiedene Möglichkeiten diskutiert.

Nach ausführlicher Beratung verständigen sich die Ausschussmitglieder auf die Bezeichnung "Gewerbepark Rinsenau" oder "Einkaufszentrum Rinsenau". Die Verwaltung wird gebeten, die den örtlichen Gegebenheiten entsprechende Bezeichnung zu wählen.

Als Ergebnis sind folgende Änderungen zu verzeichnen:

Ortsteil	alte Bezeichnung	neue Bezeichnung	
		Verwaltungsvorschlag	Beschluss
Siegen Siegen Siegen	Schallex Stadion Reithalle Rosterberg Wende	Rinsenau-Mitte Leimbachstadion Radschläfe	Gewerbegebiet Rinsenau Leimbachstadion Radschläfe

Im Verlauf der Aussprache merkt Herr Heide an, dass der Antrag der SPD-Fraktion in der letzten Sitzung zur Haltestellensituation am Schleifmühlchen bei der Planung für die Umgestaltung des Knotens aufgenommen wird. Im Zuge der eingangs erwähnten Jahresarbeitsprogramme wird für jede umzubauende Haltestelle ein Einzelentwurf gefertigt und den Gremien vorgelegt.

Fazit:

1. Der Bezirksausschuss IV nimmt den Verwaltungsvorschlag zur Ausstattung der Haltestellen mit einer neuen Kennzeichnung und Fahrgastinformation in seinem Zuständigkeitsbereich zur Kenntnis.
2. Der Bezirksausschuss IV stimmt der Änderung von Haltestellenbezeichnungen entsprechend Pkt. 5 der Verwaltungsvorlage unter Berücksichtigung der dargestellten Änderung zu.
3. Der Bezirksausschuss IV stimmt dem Verwaltungsvorschlag zur Auswahl der Haltestellen für ein Modernisierungsprogramm in seinem Zuständigkeitsbereich zu.

6. Beratung des Verwaltungsentwurfes von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2003

Herr Erner stellt zunächst die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Haushaltsplangestaltung 2003 dar. Die vorrangigen Ziele, der Haushaltsausgleich und die Vermeidung einer Nettoneuverschuldung, konnten im vorliegenden Entwurf bedauerlicherweise nicht erreicht werden.

Der *Verwaltungshaushalt* weist einen Jahresfehlbedarf (strukturelles Defizit) i. H. v. 12,7 Mio. € aus. Inklusive der Abdeckung des Fehlbetrages aus 2001 ergibt sich ein Gesamtfehlbedarf i. H. v. 37,4 Mio. €. Dabei ist auf der Einnahmeseite in 2003 eine Zuführung vom Vermögenshaushalt aus der Veräußerung von RWE-Aktien i. H. v. 8 Mio. € einkalkuliert, durch die der originäre Fehlbedarf 2003 in dem genannten Rahmen gehalten werden kann.

Da die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr sogar um 0,25 % gesenkt werden konnten, sind die Hauptgründe für den nicht ausgeglichenen Haushalt 2003 auf der Einnahmeseite zu suchen. Insbesondere die schlechte Entwicklung im Bereich der immer unsicherer zu prognostizierenden Gewerbesteuer, aber auch die Negativtendenz bei den Schlüsselzuweisungen, sind für die Situation verantwortlich. Weitere Korrekturen werden im Änderungsdienst auf Grundlage der Ergebnisse des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ von Mitte November 2002 vorgenommen werden müssen..

Im *Vermögenshaushalt* belaufen sich die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben auf 47,8 Mio. €. Das Investitionsvolumen beträgt ca. 20,9 Mio. €, durch die im Rahmen des Jahresabschlusses 2002 zu erstellende Änderungsliste (z. B. Neuveranschlagung Busdispositionssystem und Busbereitstellungsplatz) ist jedoch eine Erhöhung absehbar. Der derzeitige Entwurf sieht eine Kreditaufnahme von rd. 4,3 Mio. € vor. Tilgungsleistungen sind mit rd. 100 T€ niedriger kalkuliert, so dass in dieser Höhe eine Netto-Neuverschuldung ausgewiesen werden muss. Eine solche kann in Folgejahren eventuell nur durch Verschieben oder durch Verzicht auf Investitionen vermieden werden.

Der Schuldenstand beläuft sich auf nahezu unverändert 104 Mio. €.

Kassenkredite müssen auch in 2003 in großem Umfang aufgenommen werden, die Haushaltssatzung ermächtigt zu einer maximalen Aufnahme i. H. v. 100 Mio. €.

Das Haushaltssicherungskonzept sieht nach erneuter Überarbeitung einen originär ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2007 und einen gänzlich ausgeglichenen Haushalt in 2013 vor. Diese Angaben sind jedoch mit erheblichen Risiken belastet.

Herr Kesting teilt die Einschätzung, dass insbesondere Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene die Kommunen finanziell erheblich belasten. Das im Grundgesetz verankerte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wird dadurch beeinträchtigt. Da die CDU-Fraktion Steuererhöhungen zur Reduzierung des Defizits ablehnt sind folglich Einsparungen, z. B. im Bereich der Personalkosten und der Sozialausgaben notwendig.

Herr Lauble merkt an, dass verwaltungsseitig Einsparvorschläge unterbreitet wurden in der Hoffnung, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erhalten. Da diese Vorschläge offensichtlich von der CDU-Fraktion abgelehnt werden, sollte diese auch

konkrete Vorschläge vorlegen.

Herr Hamich ist der Meinung, dass auch unabhängig von den Personalkosten im Haushaltsentwurf genügend Möglichkeiten vorhanden sind.

Der Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte - des Rates der Stadt Siegen berät die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze.

Zu folgenden Positionen werden Anmerkungen, Hinweise und Bitten vorgebracht:

Verwaltungshaushalt

HSt. 1.341.7170.7 - "Bezirksausschussmittel"

Herr Gierlich weist auf das Schreiben der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hin, in dem beantragt wird, den Ansatz bei dieser Haushaltsstelle nicht zu kürzen.

- Der Antrag wird zur Kenntnis genommen
-

Vermögenshaushalt

UA 630 - Gemeindestraßen

Ein Sachstandsbericht zur Baumaßnahme Fludersbach ist der Niederschrift beigelegt.

Herr L. Schuß mahnt die Sanierung des Schachtes der ehem. Grube Matthiasweg an, die im Haushalt wiederum nicht etatisiert ist.

Herr Koch merkt auf die Frage von Herrn Gierlich an, dass die Gefahreneinschätzung durch das Landesoberbergamt vorgenommen wird.

- Weitere Erläuterungen der Verwaltung zu diesem Punkt sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

7. Ausbauprogramm Friedhöfe 2003

Vorlagenr. 2416/2002 - Vorlage vom 13.12.2002

Herr Krieger erläutert zum Wiederaufbau der Friedhofshalle Lindenberg, dass zunächst die Gutachten zu den Schäden an der Betonkonstruktion abgewartet werden mussten. Derzeit werden die Ausschreibungsunterlagen vorbereitet. Mit der Ausführung der Betonarbeiten ist, abhängig von der Witterung, nicht vor dem Frühjahr zu rechnen. Er betont, dass es sich um eine sehr komplizierte Arbeiten handeln wird und daher noch keine Aussage zur Fertigstellung möglich ist.

Bezüglich des Gruftenweges führt Herr Düber aus, dass ein Sanierungsvolumen von rd. 620.000 DM ermittelt wurde. Eine Bezuschussung wurde bisher abgelehnt, es ist jedoch vorgesehen, erneut einen Antrag zu stellen. Derzeit können nur die notwendigen Sicherungsmaßnahmen vorgenommen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Durchführung des Ausbauprogrammes für die Friedhöfe für das Jahr 2003 im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Mitteilungen der Verwaltung

- k e i n e -